

Forschung

ams info 17

Wien, März 1998

Erwerbskarrieren und strukturelle Arbeitslosigkeit in Österreich

Im Auftrag des Arbeitsmarktservice wurden von der Forschungsgesellschaft Synthesis unter dem Titel "Erwerbskarrieren am österreichischen Arbeitsmarkt" bzw. "Qualifikatorische und außerqualifikatorische Beschäftigungsbarrieren am Arbeitsmarkt" zwei umfangreiche Projekte zur Analyse der Bewegungsgesetze des Arbeitsmarktes und zur empirischen Quantifizierung der strukturellen Probleme am österreichischen Arbeitsmarkt durchgeführt. Im folgenden eine Kurzfassung der Ergebnisse.

Erwerbskarrieren am österreichischen Arbeitsmarkt

Aufgrund der Datenlage wurden nur Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeitsepisoden mit einer Dauer von mindestens 28 Tagen berücksichtigt. Arbeitslosigkeit wurde über den Leistungsbezug definiert.

Die Dynamik des Jahres 1995

Im Schnitt hatte jede/r Beschäftigte 1,1 Dienstverhältnisse und war 44 Wochen im Jahr beschäftigt. Durchgehend beschäftigt waren nur 68 % der Personen, bei den ArbeiterInnen gar nur 58 %. 25.000 Personen wechselten von der Unselbständigkeit in die Selbständigkeit. Wurde ein Beschäftigungsverhältnis aufgelöst, ist dies zu 18,5 % auf einen Dienstgeberwechsel zurückzuführen; bei 35 % folgte Arbeitslosigkeit, bei 4 % Pension, bei 36 % Nichterwerbstätigkeit.

Unselbständig Beschäftigte

Jahresdurchschnitt		Beschäftigte insgesamt (mindestens 28 Tage)	
insgesamt (ohne Präsenzdienst/Karenz)	davon geringfügig Beschäftigte (Schätzung)	insgesamt	davon geringfügig Beschäftigte
rund 3.078.000	100.000 - 120.000	3.479.000	121.000

Zahl der Beschäftigungsverhältnisse

insgesamt	3.827.000	
davon neugegründete Beschäftigungsverhältnisse (inkl. Saison)	1.408.000	100 %
- davon direkter Dienstgeberwechsel	309.000	22 %
- davon aus der Arbeitslosigkeit	442.400	31 %
- davon aus der Nichterwerbstätigkeit (Ausbildung, Karenzurlaub, Auslandsaufenthalt)	607.000	43 %
- davon aus der Selbständigkeit	28.160	2 %
- davon aus der Pension	28.160	2 %

Eine besonders hohe Fluktuation an Personal hatten der Fremdenverkehr und die Bauwirtschaft, aber auch die Wirtschaftsdienste und sonstige Dienstleistungen (außer Gesundheits- und Sozialwesen). Das Geldwesen, Unterricht/Forschung, Soziales/Gesundheit und die Gebietskörperschaften weisen hingegen eine besonders niedrige Fluktuation auf. Sehr wenige Arbeitslose brachten der Geld- und Kreditapparat, die Bereiche Unterricht/Forschung, Gesundheit/Soziales sowie die Grundstoffindustrie hervor. Zu einem häufigen Branchenwechsel kam es bei der Sachgüterindustrie und bei den Wirtschaftsdiensten, nicht jedoch in den Saisonbranchen.

Rund 120.000 Personen wechselten 1995 bundesländerübergreifend ihren Arbeitsplatz. 88 % der Arbeitsplatzwechsel fanden jedoch innerhalb desselben Bundeslandes statt. Relevant ist der bundesländerübergreifende Arbeitsplatzwechsel im Burgenland, in Niederösterreich und teilweise in Wien. In den westlichen Bundesländern und in der Steiermark war auch der nachfolgende Arbeitsplatz fast immer im eigenen Bundesland.

Die Dynamik von 1991 bis 1995

Im Fünfjahresüberblick waren 4.266.000 Personen zumindest 28 Tage beschäftigt, wobei jede/r Beschäftigte im Schnitt 1,9 Dienstverhältnisse hatte. Mehr als die Hälfte der Personen (2,26 Mio.) traten aus der Nichterwerbstätigkeit (inkl. Arbeitslosigkeit) heraus eine Beschäftigung an. Somit gab es in diesem Zeitraum mehr als acht Millionen Dienstverhältnisse. Von diesen Beschäftigten war rund jede/r Vierte zumindest einmal LeistungsbezieherIn aus der Arbeitslosenversicherung.

Durchgehend beschäftigt waren 35 % der Personen; mindestens zweieinhalb Jahre ohne Unterbrechung beschäftigt waren zwei Drittel der Erwerbstätigen. 90.000 Unselbständige

haben sich selbständig gemacht, 76.000 sind aus der Selbständigkeit in die Unselbständigkeit gewechselt. 40 % aller Arbeitsplatzwechsel (= 2,5 Mio.) waren im Laufe von fünf Jahren auch mit einem Branchenwechsel verbunden.

Die Dynamik von 1976 bis 1995

In diesen 20 Jahren waren mehr als sechs Millionen Menschen zumindest einmal beschäftigt, 37 % waren mindestens einmal arbeitslos. Im Schnitt hatte jede/r Beschäftigte 3,3 Dienstgeber, wobei die Beschäftigungsverhältnisse beim selben Dienstgeber jeweils etwa 2,5 Jahre dauerten. Die Dynamik des Beschäftigungssystems hat deutlich zugenommen: Während es von 1976 bis 1990 jährlich durchschnittlich 830.000 Neuzugänge in die Beschäftigung gab, waren dies von 1991 bis 1994 eine Million bzw. 1,1 Millionen im Jahr 1995.

Die Wahrscheinlichkeit, von Arbeitslosigkeit betroffen zu werden, stieg in den letzten Jahren immer mehr an. Von den Geburtsjahrgängen 1960 bis 1965 waren bereits 44 % aller Beschäftigten in den ersten 15 bis 20 Jahren ihrer Erwerbskarriere wenigstens einmal LeistungsbezieherInnen der Arbeitslosenversicherung (ohne Karenzurlaubsgeld). Heutzutage muß sicherlich mehr als die Hälfte aller BerufseinsteigerInnen damit rechnen, in den ersten 15 bis 20 Jahren der Berufskarriere zumindest einmal arbeitslos zu werden.

Bei mehr als einem Drittel der Beschäftigten weist die Berufskarriere längere Unterbrechungen auf, wobei sich die Stabilität der Karriere über die Alterskohorten nur wenig verändert, die Arbeitslosigkeit bei den jüngeren Altersgruppen jedoch deutlich zunimmt. Dies trifft sowohl auf Männer als auch auf Frauen zu. Ausschließlich bei einem Dienstgeber arbeitete ebenfalls ein Drittel der Beschäftigten. Auch die Berufskarriere dieser Personen ist vielfach gebrochen. Im Beobachtungszeitraum waren Männer zu 66 % und Frauen zu 56 % ihrer Sozialversicherungskarriere beschäftigt.

Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsplatzlücken am gesamten Arbeitsmarkt

Unselbständig Beschäftigte (Jahresdurchschnitt 1996)	3.050.000
monatlicher Zugang in eine Beschäftigung (inkl. Saison)	106.000
davon marktorientierter Sektor	86.500
davon öffentlicher und regulierter Sektor	19.500
Unselbständig Beschäftigte (August 1996)	3.130.000

offene Stellen insgesamt	99.500
davon marktorientierter Sektor	81.500
davon öffentlicher und regulierter Sektor (Schätzung)	18.500
davon aus strukturellen Gründen (noch) nicht besetzte offene Stellen	20.500
davon marktorientierter Sektor	16.500
davon öffentlicher und regulierter Sektor (Schätzung)	4.000
Arbeitslose	190.000
absolute Arbeitsplatzlücke	90.500

Ausmaß und Ursachen der Arbeitslosigkeit in Österreich

konjunkturelle Arbeitslosigkeit (Arbeitsplatzlücke)	ca. 48% der Gesamtarbeitslosigkeit
friktionelle Arbeitslosigkeit (= Sucharbeitslosigkeit)	ca. 41% der Gesamtarbeitslosigkeit
strukturelle Arbeitslosigkeit	ca. 11% der Gesamtarbeitslosigkeit
davon aus qualifikatorischen Gründen	ca. 1,5% (Modellrechnung)
	ca. 5,7% (Betriebsangaben)

Strukturelle Arbeitslosigkeit in Österreich

Strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt wurden im Rahmen der gegenständlichen Untersuchung dahingehend definiert, daß ein aktueller betrieblicher Arbeitskräftebedarf nicht abgedeckt werden kann, weil keine (geeigneten) Arbeitskräfte gefunden werden. Von Interesse war, warum Betriebe offene Stellen binnen drei Monaten nicht nur aus friktionellen Gründen nicht besetzen und Arbeitslose nicht innerhalb von drei Monaten wiederum eine Stelle finden. **Ursachen der strukturellen Arbeitslosigkeit im marktorientierten Sektor (August 1996)**

Für die 16.500 nur schwer besetzbaren Stellen im marktorientierten Sektor wurden zu mehr als der Hälfte "handwerkliches Personal mit Lehre", zu 15 % "Hilfskräfte" und zu 12 % "einfaches Dienstleistungs- und Verkaufspersonal" gesucht. Alle anderen Berufsgruppen machen keine quantitativ bedeutsame Größe aus. Nach Branchen betrachtet, kommt die Saisonkomponente des Befragungszeitpunktes August zum Ausdruck. Schwer besetzbare Stellen finden sich zu 31 % im "Bau- und

Baunebengewerbe", zu 17 % im Bereich "Handel, Lagerung" und zu 15 % im "Beherbergungs- und Gaststättenwesen".

Daß rund 16.500 Stellen schwer besetzbar waren, hat folgende Ursachen:

- keine BewerberInnen wegen hoher Qualifikationsanforderungen (17 %),
- fehlende Grundausbildung (15 %),
- fehlende Spezialausbildung (10 %),
- mangelnde Praxis (10 %),
- persönliche Merkmale/Eignung der BewerberInnen (18 %),
- "überzogene" Lohnforderungen (12 %);
- Arbeitsort/Arbeitszeit (9 %),
- sonstige Gründe (9 %).

Lehnen Betriebe BewerberInnen für schwer besetzbare Stellen ab, so erfolgt dies in mehr als der Hälfte (54 %) der Fälle aus Qualifikationsgründen, wobei die geringe Praxis vor fehlender Grundausbildung und mangelnden Spezialkenntnissen der wichtigste Grund ist. Außerqualifikatorische Gründe spielen zu weniger als einem Drittel eine Rolle (27 %); zentral dabei ist die "mangelnde persönliche Eignung". Zu hohe Lohnforderungen spielen nur eine untergeordnete Rolle (5 %). Mehr als drei Monate lang Arbeitslose lehnten in mehr als der Hälfte (57 %) der Fälle die Stellen wegen ungünstiger Arbeitszeiten und zu etwa einem Drittel wegen des zu geringen Lohns ab. Qualifikationsbezogene Gründe spielten so gut wie keine Rolle.

Anpassungsbereitschaft

Jeweils rund 30 % der Arbeitslosen würden Lohnzugeständnisse machen, lange Anfahrtszeiten in Kauf nehmen und unübliche Arbeitszeiten akzeptieren. Zur Umschulung und Weiterbildung wären rund 60 % bereit, 40 % würden auch unter ihrem Qualifikationsniveau arbeiten. Betriebe würden zu 57 % geringere Qualifikationen in Kauf nehmen, zu 48 % in Weiterbildungsmaßnahmen investieren und zu 38 % Lohnzugeständnisse (Mehrfachnennungen) machen.

Interventionspotential der Arbeitsmarktpolitik

Sieht man von offenen Stellen, die aus strukturellen Gründen nur schwer besetzt werden können (keine passenden BewerberInnen), ab, findet auch ein erheblicher Teil der Arbeitslosen aus strukturellen Gründen (Ablehnung durch potentielle Arbeitgeber oder keine passenden Stellen) nur schwer eine Beschäftigung.

Würde die Arbeitsmarktpolitik mit den Möglichkeiten ihrer vorhandenen Instrumente alle Betriebe mit

Besetzungsschwierigkeiten und alle Arbeitslosen unterstützen, die aus strukturellen Gründen Probleme haben, eine neue Beschäftigung zu finden, müßte das Arbeitsmarktservice bei 36.000 offenen Stellen und 226.000 Arbeitslosen über die Arbeitsvermittlung hinaus Maßnahmen setzen.

Dies bedeutet, daß beinahe für jeden dritten Arbeitslosen und für eine erhebliche Anzahl offener Stellen zur Beseitigung struktureller Anpassungsprobleme Maßnahmen gesetzt werden müßten. Erforderlich wären etwa 50 % mehr Schulungsmaßnahmen, das Sechsfache an Lohnsubventionen für Betriebe sowie der Einsatz neuer Instrumente zur Lösung räumlicher und zeitlicher Probleme.

Eine solche Intervention würde zwar die individuelle Arbeitsmarktintegration von Arbeitslosen und die Stellenbesetzung der einzelnen Betriebe optimieren, sich jedoch nur sehr begrenzt auf das absolute Niveau niederschlagen. Könnte das Arbeitsmarktservice das gesamte Maßnahmenvolumen optimal realisieren, würde dies die jahresdurchschnittliche Beschäftigung um 20.000 erhöhen und die Arbeitslosigkeit um 12.000 oder 5% verringern.